

■ Wer Engagement fordert, muss Kompetenz fördern!

Institut für Kulturpolitik untersucht Qualifizierungsbedarf des politischen Ehrenamts

Zweieinhalb Jahre hat sich das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft mit der Rolle der ehrenamtlichen KulturpolitikerInnen in den Kommunen, insbesondere mit deren aktuell notwendigem Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf beschäftigt. Die Ergebnisse des Qualifizierungs- und Forschungsprojektes wurden am 16. und 17. Mai 2002 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt. Über 80 InteressentInnen trafen sich in den Räumen des Deutschen Städtetages, einem der Kooperationspartner in dem Projekt, zu einer Abschlusstagung unter dem Titel »Zwischen Amt und Ehre – Bürgerengagement und Professionalität in der Kulturpolitik«, um sich zu informieren und auszutauschen.

Unterstützt wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Parlamentarische Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen erklärte dazu: »Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat sich zur Förderung von Projekten zum Thema Politik-Reform, neue Steuerungsmodelle und Freiwilligenarbeit auf der kommunalen Ebene entschlossen, weil die Entwicklung und Erprobung von Qualifizierungsformen zu den Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Reformprozess gehören. Darin sehe ich durchaus ein erhebliches Bundesinteresse, das es rechtfertigt, die Kulturpolitische Gesellschaft in ihrem Bemühen um diese praxisorientierten Themen zu unterstützen.«

Die von der Projektleitung Dr. Angelika Kordfelder vorgestellten Ergebnisse und Lernerfahrungen aus dem Modell gehen aus von einer Einschätzung des aktuellen Stellenwertes kommunaler Kulturpolitik im Gesamt der städtischen Politikfelder, beschreiben das derzeitige Verhältnis von Politik und Verwaltung und lassen auch den Blick auf die ausgelagerten Bereiche im »Konzern Stadt« nicht aus. Mit den Aspekten »Vernetzung« und »Kommunikation« konnten die Beteiligten in den Kooperationsstädten ihre besonderen Erfahrungen machen: Vernetzung erwies sich als hoch komplex, und das Managen von Netzwerken stellte sich als *fulltime job* heraus. Auf dem Weg zur Bürgerkommune wird Partizipation das zentrale Element sein, und Partizipation kostet Zeit. So mündet denn auch das Fazit des Projektes

in dem Aufruf, Mut zu einer neuen »Kultur des politischen Diskurses« zu beweisen, welche sich auszeichnet durch die Präsenz der Mandatsträger vor Ort, die personenbezogene Akzeptanz durch einen partizipativen Diskurs sowie durch die Vorbildfunktion im Ehrenamt.

In der Konsequenz der Projektergebnisse forderte die Kulturpolitische Gesellschaft zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements als politisch gestaltende Kraft auf kommunaler Ebene nunmehr in einem Schreiben an die Innenminister der Länder mehr öffentliche Unterstützung für Qualifizierungsmaßnahmen. »Es kann nicht sein,« so ihr Präsident und Essener Kulturdezernent Dr. Oliver Scheytt anlässlich der Abschlusstagung in Berlin, »dass von den ehrenamtlichen Politikern immer mehr Verantwortung erwartet

wird, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, sich ausreichend dazu zu befähigen, dieses Amt auszuüben. Die Komplexität der zu behandelnden Fragen, der Zeitdruck und der durch finanzielle Engpässe erzeugte Handlungsdruck im Kulturbereich erfordern unvoreingenommene Meinungsfindung und rationale Entscheidungsfindung.« Dafür sei eine umfangreiche kulturpolitische Kompetenz der beteiligten Akteure die Voraussetzung.

Die Ergebnisse des Projektes und die Abschlusstagung wurden dokumentiert und werden in einigen Wochen in der Reihe »Materialien« des *Instituts der Kulturpolitischen Gesellschaft* erhältlich sein. Interessentinnen wenden sich an die Geschäftsstelle, Weberstr. 59 a, 53113 Bonn, Telefon 0228-201 67-0, Fax 0228-201 67-33 bzw. post@kupoge.de.

Neue Herausforderungen für Bibliotheken und Schulen Fachtagung und NRW-Mitgliedertreffen der Kulturpolitischen Gesellschaft im Rahmen der 100-Jahr-Feier der Stadtbibliothek Essen

Medienkompetenz Bestandteil der kulturellen Grundversorgung

Montag, 1. Juli 2002, Stadtbibliothek Essen, 14.00 Uhr

Der Umgang mit elektronischen Medien wie »konventionellen« Medien ist eine große Herausforderung der Bildungs- und Kulturpolitik. Dabei reicht es nicht, die Schulen des Landes mit großem Aufwand mit Internet-Anschlüssen zu versorgen. Ebenso wichtig ist es, den Schülern und Nutzern die Kompetenz zu vermitteln, mit der Vielzahl der vorhandenen Medien angemessen umgehen zu können. Die Schulen haben dafür oft keine personellen Kapazitäten. Diese Aufgabe könnte in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bibliotheken wahrgenommen werden, die sich dadurch (aber nicht nur dadurch) zu Medienkompetenzzentren entwickeln würden. Bislang vollzieht sich dieser Prozess eher schleichend und in keiner abgestimmten Form. Deshalb ist es notwendig, diese Schnittstelle der Bildungs- und Kulturpolitik genauer in den Blick zu nehmen, um Synergieeffekte, aber auch Unvereinbarkeiten und Fehlentwicklungen identifizieren und problematisieren zu können.

- Was heißt Medienkompetenz für Bibliotheken im Verbund mit den anderen Bildungseinrichtungen?
- Entwickeln sich die Bibliotheken zu Beratungsstellen für Schulen, und wie wird diese Entwicklung bewertet?
- Wie müssten die Bibliotheken ausgestattet sein, um diese Funktion angemessen erfüllen zu können?
Brauchen sie zusätzliche Medienkompetenz oder anders geschultes Personal?
- Welche Fähigkeiten brauchen die Lehrer bzw. die Schulen, um Medienkompetenz auch vor Ort vermitteln zu können?

Kulturpolitische Gesellschaft • Weberstr. 59a • 53113 Bonn • T 0228-201 67-0
F 0228-201 67-33 • post@kupoge.de • Programm unter: www.kupoge.de